Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

4. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 17. Mai, 1911. | No. 29.

Erhöhung des Rangs der Herzogin von Hohenberg.

Wien, 8. Mai. — Aus bestunterrichteten Kreisen verlautet, daß der letzte plötzliche Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand beim Kaiser in Budapest, über dessen Anlaß alle möglichen Vermutungen laut geworden, Etikette-Fragen gegolten habe, welche mit der oft erwähnten Rangstellung der morganatischen Gemahlin des Thronfolgers, Herzogin Sophie von Hohenberg, zu tun haben. Bei den bevorstehenden Hoffestlichkeiten in Budapest wird nämlich Erzherzog Franz Ferdinand den Kaiser, der sich schonen und allen Strapazen aus dem Wege gehen muß, vertreten. Eine Rangerhöhung der morganatischen Gemahlin des Thronfolgers wird deshalb für höchst wahrscheinlich gehalten, womit deren lang gehegter Wunsch erfüllt würde.

Die Verleihung des Herzogintitels an die Gattin des Thronfolgers war erst im Herbst des Jahres 1909 erfolgt, um der damaligen Fürstin bei dem in Aussicht genommenen Besuch in Potsdam angesichts der dort herrschenden Hofetikette den gebührenden Platz zu sichern. Im österreichischen Hofzeremoniell hat die Erhöhung keine Aenderung für die Herzogin mit sich gebracht.

Eine weitere Rangerhöhung der Gemahlin des Thronfolgers ist für den Status in Ungarn von ganz besonderem Interesse. Der Thronfolger hat bei der Erbesleistung, zu welcher er nach dem österreichischen Hausgesetz verpflichtet war, anerkannt, daß er seine Ehe als morganatisch betrachte und seine Kinder als nicht berechtigt zur Thronfolge in Oesterreich wie auch in Ungarn ansehe. In Ungarn stellte man sich aber auf den Ständpunkt, daß damit die Angelegenheit für Transleithanien verfassungsrechtlich keineswegs erledigt sei. Indessen brachte das Ministerium Szell einige Monate später eine besondere Vorlage ein, nach welcher die Erklärung des Erzherzogs in die ungarische Gesetzsammlung aufgenommen werden sollte. Das Gesetz wurde im November 1900 angenommen, obschon von der Opposition darauf hingewiesen wurde, daß die ungarische Verfassung die morganatische Ehe nicht kenne und die Kinder des Erzherzogs daher verfassungsmäßig in Ungarn erbberechtigt bleiben. Die Frage geht sich also darum, ob die Ungarn, wenn der Erzherzog Franz Ferdinand einmal zur Thronfolge berufen wird, nicht aus eigener Initiative das Gesetz von 1900 einer Revision im Sinne ihrer nationalen Rechtsanschauungen unterziehen und sich vielleicht erbieten werden, den König, soweit es sie angeht, von der Verzichtleistung zu entbinden.

Arbeiter-Versicherung.

Lordkanzler Lloyd-George, der nach seiner mehrmonatlichen Erkrankung zum ersten Mal wieder im britischen Unterhaus erschien, legte am Donnerstag den seit langem in Aussicht gestellten Regierungsentwurf für die Arbeiter-Versicherung vor, die sich auf Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit erstrecken soll. Die Vorlage wurde nach kurzer Verlesung mit lautem Beifall von allen Seiten des Hauses begrüßt, und alle Parteien erklärten sich im Prinzip mit derselben einverstanden; im Namen der Oppositions-Partei sprach Austen Chamberlain und erklärte, seine Partei werde die Regierung bei der Durchführung des Gesetzes unterstützen.

Die Vorlage fällt in zwei natürliche Abschnitte, Krankheit bezw. Invalidität, und Arbeitslosigkeit.

Für sämtliche Arbeiter mit einem Jahreseinkommen von weniger als $800 ist die Krankheits- und Invaliditäts-Versicherung obligatorisch, dafür erhalten sie im Krankheitsfalle wöchentlich $1.20. Die Mittel hierfür werden etwa zur Hälfte vom Arbeiter selbst aufgebracht, und der Rest gemeinschaftlich vom Staat und den Arbeitgebern. Männern werden acht, Frauen sechs Cents wöchentlich vom Lohn abgezogen, und zwar erstreckt sich diese Versicherung auf alle Arbeiter zwischen dem 16. und 65. Lebensjahr. Die Arbeitgeber haben für jeden Angestellten wöchentlich 6 Cents zu bezahlen, und der Staat schießt für jeden Versicherten 4 Cents zu.

Außer Krankheitsfällen ist ein Betrag von $6.20 für Frauen im Falle von Geburten vorgesehen, unter der Voraussetzung, daß sie vier Wochen der Arbeit fernbleiben. Ferner ist ärztliche Behandlung für alle Versicherten frei. Als Beitrag zur Bekämpfung der Tuberkulose zahlt die Regierung $7,500,000 zur Errichtung von städtischen Sanatorien, und $5,000,000 als Zuschuß zu deren Unterhalt.

Gewehr bei Fuß.

Washington, 12. Mai. — In Administrationskreisen ist man sehr zurückhaltend mit Ansichten über die voraussichtliche Wirkung des verklausulierten Resignations-Versprechens, welches Präsident Diaz in seiner Proklamation gegeben hat. Man konstruiert das Versprechen dahin, daß General-Diaz resignieren werde, wenn es ihm passend erscheint, und das wird als eine recht vage Zeitbestimmung betrachtet. Und weil man die Ueberzeugung hegt, daß unter bestehenden Umständen der Rücktritt des Präsidenten Diaz eine unumgängliche Vorbedingung für die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Nachbarstaate sei, so kann danach der Grad der Zuversicht bemessen werden, mit welchem man der Wiederherstellung geordneter Zustände daselbst für die nächste Zukunft entgegensieht. Man wird indeß vorläufig mit Ruhe abwarten, wie sich die Dinge in Mexiko entwickeln mögen — Gewehr bei Fuß. Nicht unmöglich, wie man hier denkt, daß General Diaz bei sich beschlossen haben möge, es zu einem Verzweiflungskampf kommen zu lassen, und, falls er dabei unterliegen sollte, unversöhnt, von Glorienschein umgeben zu gehen. Ob ein solcher Kampf eine Situation zeitigen würde, welche eine Intervention hiesigerseits notwendig machen müßte, darüber schweigt man. Präsident Taft hält nach wie vor daran fest, daß er aus eigner Initiative dieselbe nicht anordnen werde, daß er höchstens, falls die Situation sich verschlimmern sollte, dem Kongreß eine Darlegung der Tatsachen geben und die legislativen Körperschaften dann entscheiden lassen werde, was zu tun sei.

Eine von zwei Veranlassungen könnte die Administration überzeugen, daß Intervention notwendig sei: ein Massacre von Amerikanern, oder ein von auswärtigen Regierungen gestelltes Verlangen, daß die Ver. Staaten zum Schutze ihrer Staatsangehörigen einschreiten müßten, wenicht sie selbst vorgehen sollten. Der letztere Fall ist nun unwahrscheinlich, da eine ausländische Regierung nur im äußersten Notfalle der hiesigen Administration einen derartigen Antrag stellen würde, um nicht für die dann folgenden kriegerischen Verwickelungen zwischen den Ver. Staaten und Mexiko verantwortlich gehalten zu werden. Also müßte es darauf ankommen, ob willkürliche Gewaltakte gegen amerikanische Bürger in Mexiko unternommen werden. Zur Zeit ist dergleichen noch nicht vorgekommen, und die Meldungen aus Mexiko besagen, daß die Stimmung den Amerikanern gegenüber eine freundliche geworden sei, seitdem man die Ueberzeugung gewonnen, daß man hiesigerseits mit der „Invasion" jogere. Das Staats-Departement hat infolge dessen die Veröffentlichung beunruhigender Nachrichten aus Mexiko heute wieder suspendiert; wahrscheinlich lag nichts vor, was hätte Eindruck machen können.

Auch im Kriegs-Departement ist es vorderhand wieder stille geworden. Von Vorbereitungen zur Mobilisierung einer zweiten Division und deren Absendung nach Texas ist nichts zu bemerken, trotzdem in den letzten Wochen viel davon die Rede gewesen, und die Rekrutierung der in Texas versammelten Regimenter auf volle Kriegsstärke ist auch noch nicht durchgeführt worden. Bisher sind nur zwei Regimenter, ein Kavallerie- und ein Infanterie-Regiment voll rekrutiert worden, „als Experiment", wie man im Departement sagt. Aber 4 Truppen-Transportdampfer werden für den Notfall in Galveston gehalten, ein vierter in Newport News. Man könnte sie eventuell brauchen.

Alldeutsche gegen Landwirtschafts-Minister.

Die alldeutschen Blätter toben gegen die Erklärungen, die der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Freiherr v. Schorlemer über die Enteignungs-Frage in der Ostmark vor der zuständigen Kommission des Abgeordnetenhauses abgegeben hat. Der Minister hatte mitgeteilt, die Regierung schiebe die Ausführung des Enteignungs-Gesetzes möglichst hinaus, bis ihr der Zeitpunkt geeignet erscheine, und hatte des weiteren an dem Gebahren des Ostmarken-Vereins scharfe Kritik geübt.

Besonders diese Kritik hat den Grimm der Alldeutschen hervorgerufen, und ihre Wut wird noch durch die Meldung vermehrt, daß die Erklärung des Ministers auf einem Beschluß des Ministerrats basiere.

Wie aus bester Quelle verlautet, haben schon vor zwei Jahren Bedenken gegen die Enteignung den Kaiser überzeugt, dem Entschluß des Reichskanzlers zuzustimmen, als sich Herr v. Bethmann-Hollweg dahin aussprach, die Anwendung des Gesetzes zu verschieben, bis sie zu unvermeidlichen Notwendigkeit werde.

Provisorische Regierung konstituiert.

El Paso, Tex., 11. Mai. — Die Insurrectos haben sich nun schon ganz nördlich in Juarez eingerichtet. Zunächst wurden sämtliche Häuser nach Leichen und Verwundeten durchsucht. Es war dies eine sehr notwendige Maßnahme, denn es wurden noch 7 Leichen gefunden, die bei der furchtbaren Hitze ohne Zweifel sehr schnell in Verwesung übergegangen wären. Dann ging man an die Reinigung der Straßen, das Wegschaffen der Trümmer und des Schuttes der niedergebrannten und beschossenen Häuser und an die Wiederinstandsetzung der Verteidigungs-Werke; gleichzeitig wurde ein strammer Patrouillen-Dienst eingerichtet, um weiteren Plünderungen und Brandschatzungen vorzubeugen.

Die Führer der Insurrectos hielten eine lange Konferenz ab und veröffentlichten später eine Proklamation, laut welcher die provisorische Regierung konstituiert und Juarez als der Sitz der Regierung bezeichnet wurde. Es wird ferner bekannt gegeben, daß den Insurrectos die Erstürmung der Stadt Juarez ein General, 2 Oberstleutnants, 1 Hauptmann, zehn Leutnants und 500 Gemeine als Gefangene in die Hände fielen und daß sie außerdem sechs Maschinen-Geschütze, 1000 Gewehre und eine große Quantität Munition erbeuteten.

Später wurde das „Ministerium" der provisorischen Regierung bekannt gegeben. Es lautet:

Minister des Aeußern — Dr. Vasquez Gomez.

Finanzminister — Gustavo A. Madero.

Kriegsminister — Venustiano Carranza.

Justizminister — Jos. M. Pino Suaro.

Minister des Innern — F. Gonzales Garza.

Sekretär für Madero — Juan Sanchez Azcona.

Stadt Mexiko, 11. Mai. — Nur langsam wurde hier der herbe Schlag, den die Regierung durch den Fall von Juarez erlitten hatte, bekannt, aber die befürchteten Demonstrationen und Unruhen blieben aus, obschon es an Leuten, die mit den Insurrectos sympathisieren, wahrscheinlich nicht fehlt. Die Besetzung von Juarez dürfte die Insurrectos und ihre Folgen bilden das ausschließliche Tagesgespräch, aber man spricht ruhig und leidenschaftslos darüber. Am meisten interessiert man sich darüber, was nun zunächst geschehen wird.

Man fragt sich, ob Diaz nun nachgeben und Frieden schließen wird, oder ob die Revolution bis zum bittern Ende durchgeführt werden soll. Wer mit dem stolzen, unnachgiebigen Charakter des Präsidenten vertraut ist, der ist überzeugt, daß die Regierung keine weiteren Konzessionen machen wird.

Auch in diplomatischen Kreisen scheint man sich dieser Ansicht zuzuneigen, denn die sämtlichen fremden Diplomaten hielten heute unter dem Vorsitz des amerikanischen Botschafters Wilson eine Konferenz ab, um sich über die notwendigen Schritte zum Schutze der Fremden in Stadt Mexiko schlüssig zu werden, für den Fall die Stadt angegriffen werden, oder eine Revolution innerhalb ihrer Mauern ausbrechen sollte.

Zehn Jahre Zuchthaus wegen Landesverrat.

Wien, 11. Mai. — Wegen Landesverrat ist der Stabskapitän Kretschmar, welcher sich bereits seit Anfang des vergangenen Jahres im Gewahrsam befand, zu zehn Jahren Kerker verurteilt worden. Er war der Mitschuldige des russischen Obersten Martschenko, dessen Stellung als Militärbevollmächtigter in Wien durch die Enthüllung seiner Spionage-Tätigkeit vor der Inhaftnahme Kretschmars, der im Arsenal angestellt war, unmöglich geworden. Kretschmar hatte schon bald nach seiner Einlieferung im Gefängnis ein Geständnis abgelegt. Nach seinen Aussagen hatte das Konsortium, zu dessen Handlangern er gehörte, die ganze Doppelmonarchie mit einem Spionagenetz überzogen. Die Regie führte, wie Kretschmar sagte, der russische Generalstab, welcher die Instruktionen erteilte und dem augenscheinlich besonders daran gelegen war, wegen der Herstellung der Granaten alle wissenswerte Information zu erlangen. Kretschmar war für Martschenko eine besonders wertvolle Acquisition. Nunmehr hat ihn schwere Strafe wegen des begangenen Landesverrats getroffen.

Berlin, 8. Mai. — Aus Bagamoyo in Deutsch-Ostafrika wird über Dar-es-Salaam gekabelt, daß in der Umgebung ausgedehnte Diamantenfelder entdeckt worden seien. Bagamoyo ist an der Küste der Insel Sansibar gegenüber.

Krasser Widerspruch.

Berlin, 7. Mai. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt heute an erster Stelle eine Meldung des deutschen Konsuls Dr. Bossel aus Jos, vom 1. Mai, laut welcher die dort wohnenden Deutschen sich bei bester Gesundheit und in voller Sicherheit befinden. Von einer Hungersnot ist nach dieser Meldung auch nicht eine Spur vorhanden.

Das offiziöse Organ teilt der Mitteilung, ohne einen weiteren Kommentar hinzuzufügen, die französische Meldung gegenüber, welche der französische Konsul Gaillard am 30. April an den Minister des Aeußern Crampel gerichtet und dieser im Ministerrat mitgeteilt hat, daß die Stadt völlig blockiert sei, daß große Teuerung herrsche, ein Aufstand befürchtet werde und die Lage so gefährlich sei, daß schleunige Hülfe durch die Erinzkolonne notwendig sei.

Gerade der Umstand, daß das Mundstück der Regierung diese beiden Nachrichten kommentarlos gegenüberstellt, gilt als bezeichnend für die Stellungnahme der Regierung angesichts der durchsichtig gefärbten französischen Alarmrufe, die auf dazu bestimmt sind, „Stimmung zu machen." Die Schilderung des deutschen Konsuls ist um so zuverlässiger, als sie einen Tag nach der französischen Depesche abgesandt ist.

Ein Berliner Nachrichten-Bureau meldet, es habe aus maßgebender Quelle erfahren, daß Deutschland beschlossen habe, drei Kreuzer nach marokkanischen Gewässern zu schicken, um die deutsche Flagge der Colonien, Rabat, Mogador und El-Araisch zu erhalten.

Die Zeitungen bringen die Nachricht mit größter Reserve. Eine Bestätigung kann augenblicklich, am Sonntag Abend, nicht erhalten werden.

Taft bleibt fest.

Washington, 9. Mai. — Präsident Taft gab am Montag einer Abordnung von 25 Mitgliedern des National Grange gegenüber, die ihm ihre Bedenken gegen das Gegenseitigkeits-Abkommen mit Canada vortrugen, in unzweideutigen Worten zu verstehen, er sei nicht gesonnen, sich in dieser Angelegenheit in weitere Unterhandlungen einzulassen, selbst wenn die Durchführung des Vertrags ihm die Stimmen der Farmer kosten sollte. Der Präsident erklärte seinen Besuchern, es sei ihm sehr schmerzlich zu hören, daß die republikanischen Farmer drohen, die Partei zu verlassen, wenn das Gesetz durchgehe, das andere aber nichts an seiner Ueberzeugung, daß dieses Gesetz zum Besten des Landes diene, und deshalb gebe es für ihn nichts weiter in dieser Sache zu erörtern.

Der Sprecher der Abordnung, N. P. Hull, hatte darauf hingewiesen, daß die Durchführung des Gesetzes den Farmern Verluste bringen werde, während Canada den Nutzen habe, und erinnerte ferner den Präsidenten daran, daß eben der Farmer in einer Reihe von Staaten, von Michigan und Wisconsin bis nach der atlantischen Küste, seit Jahren das Rückgrat der republikanischen Partei gebildet habe.

Der Präsident erwiderte, er denke nicht daran, irgend jemand in den Ver. Staaten zu schädigen, auch nicht den Farmer, er sei aber überzeugt, daß schon ein einjähriger Versuch mit dem Gegenseitigkeits-Vertrag so zu dessen Gunsten ausfallen werde; daß niemand mehr an dessen Abschaffung denken werde; sollte sich der Vertrag wider Erwarten nicht bewähren, so lasse er sich jederzeit wieder kündigen. Deshalb lasse er sich in seiner Ueberzeugung nicht einmal durch die Rücksicht auf seine politische Zukunft irre machen.

Zur Wahlkampagne in Oesterreich.

Wien. — Die christlich-soziale Partei steht der gegenwärtigen Kampagne für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus des Reichsrats zerspleittert und ohne inneren Halt gegenüber. Der Handelsminister Dr. Rich. Weisskirchner kandidiert offen, gegen einen regulären Kandidaten.

Seit dem Dahinscheiden des großen Führers der Partei, des Bürgermeisters Dr. Lueger, fehlt die feste Hand, die die Zügel straff hielt und dafür sorgte, daß die Organisation nicht in Verfall geriet.

In Wielitschka, Galizien, hat der Wahlkampf bereits zu einem Morde geführt. Der Agitator Tatarn hat sich von seinem Parteifanatismus dazu hinreißen lassen, den Kandidaten der Gegenpartei, Pinko, niederzurichten. Die Verwundungen, die Tatarn seinem Gegner beibrachte, waren so schwerer Natur, daß das Opfer fast auf der Stelle seinen Geist aufgab.

Erzbischof McEvay von Toronto gestorben.

Am 10. ds. Mts. verschied in Toronto nach langem und schmerzvollem Leiden der hochwürdige Erzbischof der katholischen Diözese von Toronto, Rt. Rev. Fergus Patrick McEvay im Alter von 59 Jahren. Am Sterbebette des hochwürdigsten Dahingeschiedenen befanden sich sein Sekretär Rev. Father Kidd, der Rektor der St. Michaels Kathedrale Rev. Father Boylan und der Rev. Father McGaire, ein Neffe des Verstorbenen.

Der verstorbene Kirchenfürst war der vierte Erzbischof von Toronto und wurde im Mai 1908, als Nachfolger des zurückgetretenen Erzbischofs Dennis O'Connor, auf sein hohes Amt berufen. Geboren im Jahre 1852 zu Lindsay, Ont., erwarb der Dahingeschiedene seine Vorbildung am St. Mich. College zu Toronto und graduierte mit großen Ehren von der Universität Toronto. Zur Fortsetzung seiner theologischen Studien begab er sich dann auf das Große Seminar zu Montreal und wurde 1882 zu Trenton zum Priester geweiht. Seine ersten kirchlichen Pflichten erfüllte er in Kingston, doch übernahm er bei der Errichtung des Bistums von Peterboro die Leitung der Missionen von Bobcaygeon, Gelmora und Jemelon Falls. Im Jahre 1887 wurde er zum Rektor der Kathedrale zu Peterboro ernannt, von wo er in gleicher Eigenschaft an die Kathedrale zu Hamilton ging, und gleichzeitig die Pflichten als Sekretär des Bischofs und später die eines General-Vikars der Diözese übernahm. Im Jahre 1899 wurde Rev. Father McEvay auf den Bischofsitz von London, Ont., berufen, als Nachfolger des zum Erzbischof von Toronto ernannten Bischof O'Connor, dessen Nachfolger auch in diesem höheren Kirchenamte zu werden ihm dann 1908 vergönnt war.

Der hochwürdige Priester erfreute sich auch bei den Angehörigen anderer Bekenntnisse, der höchsten Achtung und Verehrung, vorzüglich wegen seiner oft zum Ausdruck gekommenen breiten, allgemein menschlichen Weltanschauung, und die zahllose Menge öffentlicher wie privater Zeugnisse, welche am 12. Mai seinem Sarge zur letzten Ruhestätte auf dem Mount Hope Friedhofe das Geleite gab, legt beredtes Zeugnis ab von der allgemeinen Trauer, welche der Tod des so früh aus einem segensreichen Wirkungskreise Entrissenen erzeugte.

Für Frauenstimmrecht.

London, 5. Mai. — Die von Sir George Kemp, liberalem Mitglied vom Nordwest-Manchester, eingebrachte Frauenstimmrechts-Vorlage passierte heute das britische Unterhaus mit 255 gegen 85 Stimmen und wurde an den Parlaments-Ausschuß verwiesen. Das Recht ist an gewisse Qualifikationen geknüpft, wurde aber, wie man schätzt, einer Million Frauen zuteil werden.

Als die Vorlage eingebracht wurde, wurde zugleich eine Petition mit 55,000 Unterschriften, darunter 31,000 von Frauen, und gegen Frauenstimmrecht gerichtet, auf den Tisch des Hauses gelegt.

Die Mehrheit ist um 57 Stimmen größer, als diejenige, welche bei der 2. Lesung der Conciliation Frauenstimmrechts-Vorlage im vergangenen Juli zu verzeichnen war. Es wird ein Druck auf das Kabinett ausgeübt werden, um die Annahme der Maßregel zu ermöglichen. Die Suffragetten haben versprochen, sich der kriegerischen Taktik zu entschlagen, wenn die Regierung ihrem Gesetzesvorlagen keinen Widerstand entgegensetzt.

Brüssel, 8. Mai. — Vor dem belgischen Gerichtshof begann heute die Verhandlung des Prozesses, den die Prinzessin Marie von Belgien, die einzige Gattin des Prinzen Philipp von Sachsen-Coburg und Gotha, um das Erbe ihres Vaters, des verstorbenen Königs Leopold, gegen den belgischen Staat angestrengt hat. Die Verhandlung wird mindestens fünfzehn Sitzungen des Gerichts erfordern und das Urteil dürfte schwerlich vor Ende Juli gefällt werden.

Angesichts der Wichtigkeit des Prozesses hat der Justizminister mehrere hervorragende ausländische Juristen hierher berufen. Unter denselben befinden sich der berühmte deutsche Rechtsgelehrte Prof. Dr. Paul Laband von der Universität Straßburg, der holländische Staatsrat Asser und der französische Rechtslehrer Esmein.

Die Prinzessin sucht die Rechtsgültigkeit der Niederschlagung und anderer Gründungen ihres Vaters an. Auch ist sie nicht damit einverstanden, daß der Verwaltungsrat der Coburger Gründungen, Graf Leopolds die aufgefundenen 13,000,000 Francs der belgischen Regierung ausliefert. Sie verlangt ihren Anteil an dieser Summe und will, wenn sie in den belgischen Gerichten unterliegt, in Deutschland einen neuen Prozeß anhängig machen.

Praktische Verständigung.

„Der Tag", Berlin.

Der Reichskanzler hat den Utopien eines allgemeinen Völkerschiedsgerichts in Fragen der Existenz, der Ehre und der Unabhängigkeit des Reiches sowie einer generellen vertraglichen Abrüstung eine deutliche Abfertigung zuteil werden lassen.

Des Kanzlers offene Erklärung hat eigentümlicher Weise die schärfste Kritik in Amerika gefunden. Dort steht die öffentliche Meinung unter dem Einflusse von Milliardären, die sich gedrungen fühlen, von ihren „if possible honestly" erworbenen Reichtümern den entbehrlichen Teil in den Dienst des Völkerfriedens zu stellen. Man kann sogar die Genugtuung darüber nachempfinden, auch die Befriedigung des Yankees verstehen, daß solche Männer und solche Taten nur in Amerika wachsen. Aber jene Kritik der Kanzlerverfolge eine mittelalterliche Raubritterpolitik. Deutschland verleugne seine Pflicht, die Möglichkeit von Kriegen auszuschalten oder sie zu begegnen, zeugt doch auch von einer gewissen Kamaraderie.

Wie verträgt sich mit dieser sittlichen Entrüstung das amerikanische Vorgehen gegen Mexiko?! Solange das Deutsche Reich besteht, hat es der Versuchung widerstanden und stets abgelehnt, mit bewaffneter Hand in die Verhältnisse irgend eines Nachbarreiches einzugreifen. Ob die Vereinigten Staaten jetzt die gleiche Reserve beobachten werden, bleibt abzuwarten. Der Ansicherin spricht jedenfalls dagegen. Wie verträgt sich mit den Abrüstungsratschlägen an die deutsche Adresse die formidable Befestigung des Panama Kanals, der nicht einmal auf eigenem Territorium der Union liegt? Die Amerikaner sind smarte Geschäftsleute, das ist ihr volles Recht, sie mögen auch ihre Smartheit drapieren, wie sie wollen. Geschieht dies aber mit dem deutschen Feigenblatt, dann dürfen die uns ein Lächeln nicht verargen.

In den beiden Ländern, an die sich die Worte des Kanzlers in erster Reihe richten, in Frankreich und in England, hat man seiner offenen Sprache die Würdigung nicht versagt. Man begreift, daß ein Deutscher zu Deutschen nicht anders reden konnte. Zu einer Nation, die auf Grund ihrer zwischen die größten Militärmächte eingekeilten geographischen Lage in einer Abrüstungsdebatte niemals das erste, sondern nur das letzte Wort sprechen kann. Das zeitliche Zusammentreffen der Erklärung des Kanzlers mit den englisch-amerikanischen Verhandlungen über einen Schiedsvertrag regt man naturgemäß zu weitergehenden Betrachtungen an. Aber auch diese fallen nicht durchweg zu Ungunsten des deutschen Standpunktes aus.

Weder in England noch in Frankreich sagt man dem Hirngespinste nach, die Möglichkeit kriegerischer Konflikte absolut zu beseitigen. Der Staatssekretär für Irland kennzeichnete die englisch-amerikanischen Bestrebungen zutreffend dahin, für beide Vertragschließenden möglichst weitgehende Garantien zu schaffen dafür, daß sie, solange wie eben tunlich, „brav", das heißt nicht gegeneinander Krieg führend, bleiben könnten. Was bedeutet nun ein solches Vertragsinstrument wofür die Absicht, etwa vorkommende Streitfragen friedlich zum Austrag zu bringen? Entweder ist es eine feierliche Kundgebung einer vorhandenen Absicht, dann enthält es keine neuen Kraftsätze, dann erweckt es vielmehr beinahe den Anschein, als mißtraue man dem gegenseitigen guten Willen. Oder es enthält feste Abmachungen über Differenzpunkte und praktische politische Interessen, über ein gegenwärtiges oder nach Ablauf des japanischen abzuschließendes Bündnis. Dann bedeutet es einen tatsächlichen Fortschritt auf dem Wege der Verständigung. Von einem solchen Inhalt ist aber bisher nichts bekannt geworden.

Von der gleichen Absicht, Deutschlands und Englands Verhalten zueinander möglichst lange „brav" zu erhalten, ist aber auch das Vorgehen des Kanzlers geleitet, auch wenn er die inhaltslose Form eines Schiedsvertrages perhorreszierte. Er ist bereit, einen ansehnend geringfügigen, faktisch aber wichtigen Schritt auf dem Wege der Verständigung zu tun, der vor allem den Vorzug hat, praktisch durchführbar zu sein: die gegenseitige Mitteilung über die Zahl und das Ausmaß der Schlachtschiffbauten. Ihre nützliche Wirkung erkennt man in England gern an, wo die dauernde Ungewißheit über den deutschen Schiffbau und die daraus hervorgehende Legendenbildung in der Vergangenheit Anlaß zu direkt friedensbedrohender Aufregung gegeben hat...

„Der deutsche Kriegsschiffbau geht seinem Kulminationspunkt entgegen. Wir werden in kurzem so stark sein, daß ein selbst erfolgreicher Angriff auch für den stärksten Gegner ruinös werden kann. Dann tritt zwecks Erhaltung dieses Zustandes die fallende Skala der Neubauten in Wirksamkeit. Ob es sich dann empfiehlt, einen Schritt weiter zu tun und die Kriegsschiffzahl, die wir nach dem Gesetze für eine Reihe von Jahren nicht zu überschreiten entschlossen sind, auch in einer Abmachung mit England festzulegen, die gleichzeitig die Höchstzahl der britischen Schiffbauten normiert, wird weiterer Erwägung vorbehalten bleiben müssen. Ein solches Abkommen würde sich natürlich nur auf Schlachtschiffe und schlachtschiffartige Kreuzer beschränken. Auf Küstenschutz, Torpedo- und Unterseeboote würde die Verständigung sich nicht erstrecken. Heute schon darauf einzugehen, hat der Kanzler abgelehnt. Vor derartigen Verhandlungen werden aber Abmachungen allgemeinpolitischer Natur zu treffen sein. Es besteht Grund zu der Annahme, daß wir auf diesem Wege bereits weiter fortgeschritten sind, als der breiteren Oeffentlichkeit bekannt sein dürfte.

Zum Gedächtnis des Frankfurter Friedens.

Am 10. Mai waren vierzig Jahre vergangen seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Frankreich, welcher nach dem Ort der Abschließung der Frankfurter heißt. Was damals im Gasthof zum Schwan zu Frankfurt am Main von Bismarck und Jules Favre unterzeichnet worden, war im Wesentlichen nichts anderes als eine Bestätigung der Abmachungen der Präliminar-Verhandlungen in Versailles; dort in Versailles hatten die Geister unter einander gerungen. Aber der Frankfurter Friede verewigte auf Pergament alle die Erfolge der Schlachten und Siege auf offener Wahlstatt und im stillen Konferenzzimmer. Der Friede von Frankfurt hat die neue Gestaltung der Dinge dokumentarisch festgesetzt, unter die neue politische Karte Europas das Bestätigungssiegel gedrückt.

Seit vierzig Jahren ist Deutschland stark und friedlich. Im Herzen Europas eine Notwendigkeit und eine Bedingung für das allgemeine friedliche Gedeihen der Völker.

In der heute schon historischen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 sprach Bismarck: „Nun, nachdem der große Krieg von 1870 geschlagen war, frage ich Sie: ist irgend ein Jahr ohne Kriegsgefahr gewesen? Anfangs der siebziger Jahre, schon gleich, wie wir nach Hause kamen, hieß es: wann ist der nächste Krieg? wann wird die Revanche geschlagen werden; in fünf Jahren doch spätestens?" Vierzig Jahre sind seit dem Tage des Frankfurter Friedens vergangen, und die Revanche ist bis auf den heutigen Tag nicht geschlagen worden. Weil Deutschland friedlich und weil es stark ist.

In seinen „Gedanken und Erinnerungen" spricht Bismarck von der Legende, daß Deutschland die Absicht gehabt habe, Frankreich im Jahre 1875 zu überfallen, und sagt dazu: „Mir lag eine solche damals und später so fern, daß ich eher zurückgetreten sein würde, als zu einem vom Zaune zu brechenden Kriege die Hand zu bieten." In den vier Jahrzehnten seit dem Frankfurter Frieden ist die Legende oft wiederholt worden. Aber das friedliche und starke Deutschland hat auch heute nicht die Veranlassung, noch die Absicht, einen Krieg vom Zaun zu brechen.

Auch heute noch nicht, obwohl der Revanchegedanke auch heute noch umhergeht, auch heute noch die politische Neuordnung Europas durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages vom 10. Mai 1871 nur unwillig anerkannt wird.

Für Deutschland aber bedeutet der Vertrag ein Nationalgut, welches Niemand rauben kann, einen Glaubensartikel, an welchem nicht gerüttelt werden darf. Der Frankfurter Frieden, dem nun der Tag vierzigjährigen Gedächtnisses gekommen ist, hat Deutschland stark und friedlich gemacht.

Turbinen-Kreuzer vorzüglich bewährt.

Der neue deutsche Turbinen-Kreuzer „Von der Tann" wird von seiner Reise durch südamerikanische Gewässer in Helgoland zurückerwartet.

Das Schiff hat alle auf seine Konstruktion gesetzten Erwartungen in höchstem Maße erfüllt, ja übertroffen. In Fachkreisen wird einstimmige Zufriedenheit mit den Leistungen des Fahrzeugs ausgesprochen und dem Typ, den es als Turbinen-Kriegsschiff vertritt, alle Anerkennung gezollt. Die Turbinen, gegen deren Anwendung vielfach Bedenken ausgesprochen wurden, haben sich bei dauernder schärfster Erprobung unter allen Verhältnissen der See und des Klimas vorzüglich bewährt. Der Kreuzer hat die strapaziöse Reise in so ausgezeichneter Form überstanden, daß er, ohne vorher zu docken, in den Flottenverband eintritt und die Uebungsreise der Flotte und die großen Flottenmanöver mitmachen wird.